

## Kundgebung

anlässlich des vierten Jahrestages des Angriffs auf den Irak und  
anlässlich des internationalen Tages des politischen Gefangenen  
Samstag, 17. März 2007, Bonn

### Redebeitrag von Bernd Klage, Bonner Friedensbündnis

In wenigen Tagen, am 20. März jährt sich der Beginn des Irakkrieges zum vierten Mal.

Heute, am internationalen Aktionstag zu diesem Anlass, werden insbesondere in den USA und Großbritannien wieder Hunderttausende auf den Straßen sein. Hier in Deutschland – da müssen wir realistisch sein – sind es wenige. Paradoxer Weise nimmt das Engagement hierzulande um so mehr ab, je schlimmer der Krieg im Irak wütet.

Offensichtlich scheint die Tatsache, dass Deutschland in hohem Maß am Krieg beteiligt und damit auch mitverantwortlich für die Katastrophe ist, leider bisher nicht so ins Bewusstsein gerückt zu sein, dass es mobilisierend wirken würde.

Ein Ansatzpunkt für diese Mobilisierung sind die derzeit anlaufenden Proteste gegen den G8-Gipfel. Vom 6. bis 8. Juni 2007 findet in Heiligendamm an der Ostsee der diesjährige G8-Gipfel mit den Staats und Regierungschefs der acht mächtigsten Industrienationen statt. Verschanzt hinter einer Mauer und dem größten Polizeiaufgebot, das Mecklenburg Vorpommern je erlebte, werden Strategiegespräche geführt, die das Schicksal der Welt bestimmen. Unsere heutige Kundgebung ist Teil unserer Bonner Proteste gegen diesen G8-Gipfel.

Wir wehren uns gegen die G8-Politik der Kriege und der Menschenrechtsverletzungen, der Umweltzerstörung und des Sozialabbaus.

#### Zurück zum Irak:

Auch im vierten Jahr der Besetzung haben sich die Lebensbedingungen im besetzten Irak in allen Bereichen weiter verschlechtert, vor allem explodierte die Gewalt in unvorstellbarem Ausmaß. Allein in Bagdads Leichenschauhäuser werden über 2.000 Gewaltopfer monatlich eingeliefert, 70 bis 100 jeden Tag.

Nach einer wissenschaftlichen Vorortstudie waren bis Juni 2006 bereits 650.000 Iraker durch den Krieg und die durch die Besetzung geschaffenen Bedingungen ums Leben gekommen. Über 600.000 von ihnen starben eines gewaltsamen Todes, wobei sich die Zahl jedes Jahr fast verdoppelt.

Von westlichen Politikern und Medien werden die Iraker selbst für die Misere verantwortlich gemacht. Die eigentliche Ursache, der US-geführte Überfall auf das Land, wird systematisch ausgeblendet, wie auch die verheerende Besatzungspolitik, die beispielsweise mit der Auflösung von Armee und Polizei das Vakuum schuf, in dem sich kriminelle und konfessionell motivierte Gewalt erst entfalten konnten.

Doch nicht „Aufständische“ und Milizen sind die Hauptquelle der eskalierenden Gewalt. Über die Hälfte aller Gewaltopfer wurden – so das Ergebnis der Studie – von Besatzungstruppen und irakischen Hilfstruppen getötet, ein Siebtel – etwa 85.000 – allein durch Luftangriffe.

Über diesen tödlichen Krieg der Besatzer, die oft wochenlange Abriegelung und Bombardierung ganzer Stadtviertel und Städte wird hierzulande nicht berichtet. In den täglichen Nachrichten sieht man nur Autobomben- und Selbstmordanschläge auf Zivilisten. Informationen über die politische Zugehörigkeit oder Zielsetzung der Akteure sucht man vergebens. Angegeben wird meist nur deren mutmaßliche Konfession. So entsteht Stück für Stück das falsche Bild eines Krieges zwischen „den Sunniten“ und „den Schiiten“.

Vor der Besetzung gab es jedoch keine gravierenden Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten. Diese entstanden erst mit der Einführung bis dahin unbekannter ethnischer konfessioneller Kriterien bei der Besetzung von Regierung und Verwaltung. Sie wurden in dem Maße angeheizt, wie sich die USA auf extreme Kräfte stützen, die eine kurdisch-nationalistische bzw. radikal-schiitische Politik verfolgen. Diese Kräfte dominieren mittlerweile Regierung und Verwaltung auf Landes- wie Provinzebene, wie auch Armee und Sicherheitskräfte und führen ihren eigenen Krieg gegen ihre innerirakischen Gegner.

Im Wesentlichen stehen sich daher nicht Religionsgruppen gegenüber, sondern die Kräfte, die ihre radikalen Ziele im Bündnis mit der Besatzungsmacht durchzusetzen versuchen, und die, die sich diesen Kräften und der Besatzung generell widersetzen.

80 bis 90 Prozent der Iraker lehnen gemäß Umfragen US-amerikanischer Institute die britisch-amerikanische Besetzung entscheiden ab, und sie sind unabhängig von ihrer Konfession überzeugt, dass „das U.S. Militär im Irak mehr Konflikte verursacht als verhindert“. Gut zwei Drittel aller Iraker unterstützen mittlerweile Angriffe auf die Besatzungstruppen.

Im Irak – und dies gilt ebenfalls für Afghanistan, wo ebenfalls katastrophale Verhältnisse herrschen – weder im Irak noch in Afghanistan können die Besatzungstruppen einen Beitrag zu Frieden oder Sicherheit leisten, sondern sind im Gegenteil Hauptursache der eskalierenden Gewalt. Unabhängig der zu erwartenden Probleme, ermöglicht erst ihr Rückzug Auswege aus dem angerichteten Desaster.

Während die Kriege in Irak und Afghanistan andauern, drohen bereits neue gegen Syrien und vor allem Iran. Vorbereitet nach demselben Muster wie der Krieg gegen den Irak, haben sie auch dieselben Ziele: die militärische und politische Kontrolle des Mittleren Ostens und den Zugriff auf dessen Ressourcen. Angesichts konkreter Angriffspläne und eines massiven

Truppenaufmarsches am persischen Golf, scheint es nur eine Frage der Zeit, bis die ersten US-amerikanischen und israelischen Bomber Richtung Iran aufsteigen. Ihre Ziele werden dann nicht nur Atomanlagen sein, sondern wie im Irak und Libanon die gesamte iranische Infrastruktur. Selbst der Einsatz von Atombomben wird von der US-Regierung nicht ausgeschlossen. Nur der Unwillen in der US-Bevölkerung bis hin zu höchsten Kreisen der Armee, sowie ihre prekäre Situation im Irak, scheint die US-Regierung von einem Angriff abzuhalten, der schnell zum Flächenbrand werden könnte.

An all diesen Kriegen und Kriegsdrohungen ist Deutschland beteiligt. Über deutsche Flug- und Seehäfen läuft der größte Teil des Nachschubs, US-Truppen werden in großer Zahl über die zivilen Flughäfen Leipzig und Frankfurt/Hahn an die Front gebracht.

In Afghanistan ist Deutschland unmittelbar mit eigenen Truppen dabei. Vorwiegend geschieht dies noch im Rahmen der Nato-geführten „Stabilisierungskräfte“ ISAF. Offiziell sollen sie mit dem Segen der UNO den Wiederaufbau des Landes absichern, praktisch sind sie seit langem Teil der Besatzung des Landes. Spätestens mit der geplanten Entsendung von Tornados wird die Bundeswehr endgültig zur Kriegspartei. Der Krieg in Afghanistan ist zudem von dem im Irak nicht zu trennen. Jede Bundeswehreinheit in Afghanistan macht britische und amerikanische Kräfte für den Irak frei.

Diese deutschen Kriegbeteiligungen verstoßen gegen Geist und Buchstaben der Verfassung und gegen internationales Recht. Sie müssen umgehend beendet werden.

Nicht nur im Irak, auch bei den Besatzungsmächten zu Hause wächst der Widerstand. In den USA stehen die Mütter gefallener Soldaten und Kriegsveteranen an der Spitze der Bewegung. Heute werden – wie eingangs bereits erwähnt – wieder Hunderttausende zu den Demonstrationen in den USA und Großbritannien erwartet.

Wir schließen uns der weltweiten Antikriegsbewegung an und fordern:

Bedingungsloser Abzug der Besatzungsmächte aus dem Irak  
und Wiedergutmachung der angerichteten Schäden

Einstellung jeglicher Unterstützung der Besatzung durch die deutsche Regierung

Schließung der US-amerikanischen Militärstützpunkte in Deutschland

Rascher Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan – Beendigung aller Auslandseinsätze

Ende der Bedrohung Irans,

Verhandlungen ohne Vorbedingungen und gleiches Recht für alle!

Asyl für alle Soldaten, die sich weigern, in die aktuellen und drohenden Kriege zu ziehen